

1 Präambel

Maintal ist Bestandteil der Rhein-Main-Region, die zu den wirtschaftlich aufstrebenden Regionen Deutschlands und Europas gehört. Mit der Ansiedlung der Europäischen Zentralbank (EZB) im Frankfurter Osten, dem Wachstum der Dienstleistungsindustrie und der Transport- und Logistikwirtschaft – nicht zuletzt durch den Ausbau des Frankfurter Flughafens – bieten sich vielseitige Chancen, die die Stadt mehr als in der Vergangenheit nutzen muss. Wesensmerkmal liberaler Politik wird sein, dass die Maintalerinnen und Maintaler soweit wie möglich an der zukünftigen Gestaltung ihrer Stadt beteiligt werden. Deshalb strebt die FDP an, mit einer größeren Fraktion in die neue Stadtverordnetenversammlung einzuziehen und mit den Bürgern aktiv Politik für Maintal zu gestalten.

Die abgelaufene Legislaturperiode war geprägt von ständigen Konflikten zwischen der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat. Phasen der Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Parteien wurden abgelöst von Phasen der langwierigen Diskussionen ohne konkrete Ergebnisse. Zu oft wurden Themen auf die lange Bank geschoben, statt sie im Interesse der Bürger zu entscheiden. Dieser Stillstand muss endlich überwunden werden. Stadtverordnetenversammlung und Magistrat müssen endlich wieder die ihnen zufallenden Aufgaben der Verwaltung, Gestaltung und Entscheidung wahrnehmen. Ziel der Maintaler FDP ist deshalb, die Stagnation in der Kommunalpolitik durch eine handlungsfähige Koalition in der Sache zu überwinden.

Maintal ist die zweitgrößte Stadt im Main-Kinzig-Kreis. Die kommunale Zusammenarbeit zwischen einzelnen Kommunen, wie sie zwischen Maintal und Hanau angestrebt wird, ist im Sinne eines effektiven Einsatzes von Steuergeldern und der Nutzung von Synergiepotentialen zu begrüßen. Die FDP fordert die Ausdehnung dieses Modells auf andere Gemeinden im Kreis und über die Kreisgrenzen hinaus. Die FDP lehnt allerdings Formen der kommunalen Zusammenarbeit ab, die dem Ziel einzelner Kommunen, sich aus dem Kreis herauszulösen, dienen.

Liberaler Kommunalpolitik will staatlicher „Regelungswut“ entgegen wirken und den Bürgerinnen und Bürgern die Freiheit lassen, ihr Leben vor Ort selbst in die Hand zu nehmen.

Als Folge der dramatischen Verschuldung der öffentlichen Haushalte gewinnen die traditionellen Werte liberaler Politik Eigenverantwortung und Gemeinsinn zunehmend an Bedeutung. Bauen wir eine neue Bürgergesellschaft auf. Mit Menschen, die sich füreinander verantwortlich fühlen. Mit Frauen und Männern, die nicht zuerst fragen, was der Staat für sie tun kann - sondern die bereit sind, sich selbst einzusetzen.

Wir, die Freien Demokraten, sind dazu bereit. Und wir werben um Ihr Vertrauen für die Kandidaten und Kandidatinnen der Liberalen bei der Kommunalwahl 2006.

36

2 Finanz-, Wirtschafts- und Haushaltspolitik

2.1 Konsolidierung des städtischen Haushaltes

Der Haushalt der Stadt Maintal ist seit Jahren geprägt von sinkenden Einnahmen und stetig zunehmenden Ausgaben. Aufgrund der konjunkturellen schwierigen Lage aber auch aufgrund von strukturellen Problemen brechen die städtischen Einnahmen aus Steuern ein. Dagegen steigen die Kosten, z.B. die Kreisumlage weiter an.

Die nachhaltige Schwäche des Haushaltes der Stadt drückt sich in den mittlerweile regelmäßig auftretenden Haushaltssperren aus. Diese offenbaren, dass im Haushalt keinerlei Spielraum ist und bei jeder – i.d.R. zu erwartenden – Abweichung die Notbremse gezogen werden muss. Die gesetzliche Rücklage ist seit Jahren auf dem Mindeststand zusammengeschrumpft. Auch hier besteht keinerlei Spielraum. Das Defizit des Verwaltungshaushaltes kann meist nur durch Zuführungen aus dem Vermögenshaushalt und einer damit verbundenen Senkung des städtischen Vermögens verringert werden.

- 1 Der Schuldenstand der Stadt wächst kontinuierlich. Im Haushalt für 2006 sind insgesamt 36
2 Mio. Euro Schulden vorgesehen. Dies sind 904 Euro pro Einwohner. Das bedeutet, dass wir
3 immer mehr auf Pump leben und künftig enorme Lasten aus Zinsen und Tilgung tragen
4 müssen.
- 5 Vor diesem desolaten Hintergrund muss die grundlegende Sanierung des städtischen
6 Haushaltes oberste Priorität haben. Maintal kann seine Aufgaben der Daseinsvorsorge und
7 –fürsorge nur dauerhaft bewältigen, wenn genügend Finanzmittel zur Verfügung stehen.
- 8 Die FDP fordert, alle Möglichkeiten sparsamer Finanzwirtschaft in der Kommune auszu-
9 schöpfen, Ausgabenkürzungen und Aufgabenkritik haben Vorrang vor Steuer- und Gebüh-
10 renerhöhungen. Die Folgekosten kommunaler Investitionsvorhaben - Personal-, Sach-, Kapi-
11 talkosten - sind in besonderem Maße zu beachten. Die FDP spricht sich jedoch eindeutig
12 dagegen aus, den Haushalt durch weitere Steuer- und Gebührenerhöhungen zu sanieren.
13 Weder darf der Hebesatz für die Grundsteuer B erhöht werden, noch dürfen die Bürger
14 durch einen Straßenanliegerbeitrag für die Sanierung ihrer Strassen zur Kasse gebeten
15 werden.
- 16 Die Liberalen streben für Maintal in der nächsten Legislaturperiode einen ausgeglichenen
17 Haushalt an, ohne zusätzliche Neuverschuldung. Dies erfordert, dass auch Standards und
18 Leistungen der Kommune kritisch überprüft werden. Voraussetzung ist aber auch, dass die
19 Bundes- und Landesregierung nicht weiter einfach Aufgaben den Kommunen zuweist, ohne
20 für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen.
- 21 Bereits in der abgelaufenen Wahlperiode hat die FDP Maintal in der Stadtverordnetenver-
22 sammlung einen strikten Sparkurs verfolgt und sich gleichzeitig um neue strukturelle Ansät-
23 ze bemüht, die sich regelmäßig in einer Vielzahl von Änderungsanträgen zu den jeweiligen
24 Haushalten von 2002 bis 2006 niedergeschlagen haben. Im Rahmen des Haushaltssanie-
25 rungskonzeptes 2004 konnten Einsparungen von 800.000 Euro umgesetzt werden. Neue
26 strukturelle Ansätze, die von der FDP-Fraktion allein im Haushalt 2005 initiiert wurden, sind
27 unter anderem:
- 28 - Erarbeitung eines Konzeptes zur Schaffung einer Betriebsholding
 - 29 - Erarbeitung eines Konzeptes zur Privatisierung der Bestattungs- und Pflegeleistun-
30 gen auf den Maintaler Friedhöfen
 - 31 - Künftige Betreuung der Stadtbüchereien durch den Einsatz von studentischen Hilfs-
32 kräften oder vergleichbar qualifizierten Hilfskräften
- 33 Für viele andere Projekte haben sich bislang noch keine ausreichenden politischen Mehrhei-
34 ten gefunden. In Fortführung des von den Liberalen bereits seit Jahren propagierten Konso-
35 lidierungskurses wird weiter vorgeschlagen:
- 36 • Größere Kostentransparenz bei Eigenbetrieben (z.B. Betriebshof)
 - 37 • Verwaltungsvereinfachungen und Reduktion des städtischen Personals
 - 38 • Umsetzung von Organisationsveränderungen und Personalstrukturveränderungen zur
39 Reduzierung von Kosten, insbesondere die Zentralisierung der Stadtläden und der
40 Stadtbüchereien
 - 41 • Privatisierung von Aufgaben, die nicht durch die Stadt übernommen werden müssen
 - 42 • Verbesserungen auf der Einnahmeseite durch die Aufwertung bestehender und die
43 Schaffung neuer Wohngebiete und eine erfolgreichere Gewerbeansiedlung
 - 44 • Kooperationen mit anderen Kommunen, dem Kreis und Zweckverbänden zur Nutzung
45 von Synergieeffekten
 - 46 • Überprüfung von Qualitätsstandards für städtische Leistungen im Hinblick auf Kosten-
47 senkungspotentiale

- 1 • Nutzung von Potentialen aus der Anwendung von „private public partnership“ - Modellen
2 für die Erbringung kommunaler Leistungen und Investitionen
- 3 • Gesamtverpachtung der Bürgerhäuser an private Betreiber einschließlich der Instandhaltung
4

5

6 **2.2 Schwerpunkte kommunaler Wirtschaftsförderung**

7 Die Wirtschaftsförderung ist ein wichtiges Instrument, mit dem die Stadt die Entwicklung der
8 Kommune steuern kann. Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung ist aber
9 ein Grundkonzept für die städtische Entwicklung, die eng mit der Frage der Imagebildung
10 Maintals verknüpft ist. Dazu gehören neben den raumplanerischen, städtebaulichen, ver-
11 kehrspolitischen und sozialen Zielrichtungen auch klare Vorstellungen über die Art des zu
12 fördernden Gewerbes.

13 Maintal muss und kann die Vorteile seiner Lage in der Rhein-Main-Region nutzen. Die Nähe
14 zu Frankfurt bietet hervorragende Möglichkeiten, Unternehmen anzusiedeln, die auf die Inf-
15 rastruktur eines Wirtschaftszentrums angewiesen sind, ohne sich die hohen Kosten der
16 Großstadt leisten zu können.

17 Bei der Gestaltung der kommunalen Wirtschaftsförderung streben die Liberalen an:

18 ♦ Eine ausgewogene Wirtschafts- und Gewerbestruktur durch gleichrangige Förderung
19 von Klein- und Mittelbetrieben zu sichern, um die marktwirtschaftliche Wettbewerbsstruk-
20 tur zu gewährleisten.

21 ♦ Schaffung von Rahmenbedingungen, die es in Maintal ansässigen Unternehmen ermög-
22 lichen, ihren Fortbestand zu sichern. Hierzu zählt insbesondere die Verbesserung der Er-
23 reichbarkeit der Gewerbebetriebe in den verschiedenen Ortslagen.

24 ♦ Die Gewerbesteuer ist angesichts der auch in Maintal spürbar schwierigeren Situation zu
25 überprüfen und gegebenenfalls weiter zu senken.

26 ♦ Gewerbetreibenden - insbesondere Klein- und Mittelbetrieben - Hilfestellung bei den im-
27 mer komplexer und aufwendiger werdenden Antrags- und behördlichen Zustimmungs-
28 verfahren zu gewähren.

29 ♦ Existenzgründern geeignete Anlaufstellen für vertiefende Beratungen zu benennen.

30 ♦ Neben der Neuansiedlung von Gewerbebetrieben insbesondere die Entwicklungsmög-
31 lichkeiten ortsansässiger Unternehmen durch vorausschauende Gestaltung baupla-
32 nungsrechtlicher Entwicklungen fördern.

33 ♦ Die Wiederverwertung von Industriebrachen ist u.a. durch die Anpassung von Bebau-
34 ungsplänen zu unterstützen. Flächenrecycling geht vor Neuausweisung.

35 ♦ Die Stadtsanierung zur Belebung der Ortskerne durchzuführen und ein vielseitiges An-
36 gebot von Waren und Dienstleistungen sicherzustellen, um einer Verlagerung des Ein-
37 zelhandels auf die Großmärkte am Stadtrand entgegenzuwirken. Hier bietet die Gestal-
38 tung des Rathausgeländes Bischofsheim eine große Chance.

39 Anhand dieser Gesichtspunkte sind in Maintal die bestehenden Gewerbebetriebe weiter zu
40 entwickeln. Die Vermarktung der Gewerbeflächen hat durch ein aktives „Stadtmarketing“ zu
41 erfolgen.

42 Die Stadt muss bei allen zu vergebenden Leistungen die heimische, mittelständische Wirt-
43 schaft und das heimische Handwerk bei der Durchführung öffentlicher Aufträge im Rahmen
44 der rechtlichen Möglichkeiten berücksichtigen. Dies umfasst aber auch, dass die Arbeiten
45 von lokalen Unternehmen und nicht ortsfremden Werk- oder Nachunternehmern durchge-
46 führt werden.

1 Soweit als möglich sind Belastungen und Einschränkungen der Liquidität bzw. des Kredit-
2 rahmen der Unternehmen durch die Forderung von Vertragserfüllungs- und Gewährleis-
3 tungsbürgschaften zu vermeiden. Zahlungen müssen zeitnah erfolgen, um ein Gegenge-
4 wicht zu der sich immer verschlechternden Zahlungsmoral zu schaffen.

5

6 **2.3 Sparsame Verwaltung**

7 Die Bürger haben Anspruch auf eine sparsame, schnell und wirksam arbeitende Verwaltung.
8 Dazu ist auch zukünftig die konsequente Durchsetzung des Leistungsprinzips in der Kom-
9 munalverwaltung erforderlich. Die Verwaltungsabläufe müssen mittels der neuen Techniken
10 verstärkt rationalisiert werden. Überflüssige Verwaltungsleistungen sind abzubauen. Wir
11 wollen mit Kosten – Nutzen – Analysen die öffentlichen Vorhaben überprüfen. Bei der Per-
12 sonalbemessung und der Bewertung der Arbeitsplätze sind strenge Maßstäbe anzulegen.

13 Öffentliche und öffentlich geförderte Einrichtungen und Gebäude sind, gemessen an ihren
14 hohen Investitionen, oft unzureichend genutzt. Anstelle kostspieliger und flächenfressender
15 Neubauten für bestimmte Zwecke sind die vorhandenen Einrichtungen zu ergänzen, für an-
16 dere Funktionen zu öffnen und den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Interessenten
17 im Sinne einer Mehrfachnutzung zugänglich zu machen.

18 Beim Hauptamtlichen Magistrat ist ein Dezernent ausreichend.

19 Die Nutzung des Internets durch die Bürger und die Stadtverwaltung ist weiter zu intensivie-
20 ren. Die Internet-Angebote der Stadt für Bürger und Unternehmen müssen erweitert werden.
21 So sind Informationen für die Bürger aber auch Formulare noch umfangreicher als bisher
22 über das Internet verfügbar zu machen.

23 „Schlanke Verwaltung“ ist kein Selbstwert an sich. Liberale wissen aber, dass erst die Be-
24 schränkung der Verwaltung auf ihre Kernaufgaben den Menschen, den finanziellen und per-
25 sönlichen Spielraum lässt, den sie zur Gestaltung ihres Lebens brauchen. Deshalb setzt sich
26 die FDP dafür ein, auch auf kommunaler Ebene die Verwaltung auf das unbedingt notwen-
27 dige Maß zu beschränken.

28 ♦ Das erfordert eine ständige und umfassende Aufgabenkritik mit dem Ziel einer Konzent-
29 ration auf die wirklich notwendige Daseinsvorsorge.

30 ♦ Gemeinsinn statt Gruppenegoismus: Die gemeinsame Nutzung kommunal finanzierter
31 Einrichtungen und Räume (Stadtteilzentren, Schulräume, Sportlerheime, Feuerwehrhäu-
32 ser u.a.) entlastet von Investitions- und Folgekosten.

33 ♦ Aufgaben, die mindestens ebenso gut oder wirtschaftlicher von privaten Anbietern über-
34 nommen werden können, sollen in private Hände übergehen. Dabei hat die echte Privatisierung
35 den Vorrang vor rein formaler Privatisierung wie Überführung kommunaler Ein-
36 richtungen in privatrechtliche Betriebsform, wobei Eigentümer jedoch die Kommune
37 bleibt.

38 ♦ Die als Kernaufgaben der kommunalen Verwaltung erkannten Bereiche sind konsequent
39 auf Leistungs- und Qualitätsziele auszurichten und haben sich dem Wettbewerb zu stel-
40 len.

41 ♦ Das erfordert eine neue Rollenverteilung zwischen Politik und Verwaltung: Die politi-
42 schen Entscheidungsgremien konzentrieren sich auf die Zielvorgabe und deren Kontrol-
43 le.

44 ♦ Die schlanke Verwaltung delegiert die interne Entscheidungs- und Budgetverantwortung
45 von oben nach unten und richtet ein effektives und transparentes Abrechnungs- und Be-
46 richtswesen sowie Controlling ein.

47 ♦ Die Möglichkeiten der Personaleinsparung dürfen nicht dem Zufallsprinzip (Ausfall ei-
48 nes/r Mitarbeiters/in durch Alter, Krankheit etc.) überlassen werden, sondern sind auf-
49 grund klarer Ziel- und Bedarfsvorgaben zu steuern.

- 1 ♦ Am Ende des Umbaus der Verwaltungen steht die Ausrichtung des Verwaltungshandelns
2 auf den Kunden, die Bürgerinnen und Bürger und nicht mehr auf den Arbeitsablauf (Out-
3 put-Steuerung statt Input-Steuerung).
- 4 ♦ Die Zentralisierung der Stadtläden und Stadtbüchereien soll dazu genutzt werden, Ver-
5 waltungskosten zu reduzieren und dennoch ein qualitativ hochwertiges Angebot für die
6 Bürger zu erhalten.

7

8 **2.4 Privatisierung**

9 Der Abbau von Bürokratie und die Verwaltungsvereinfachung erfordert auch eine Verringe-
10 rung der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinde. Sie soll sich nur dort betätigen, wo die
11 Versorgung der Bürger qualitativ besser und kostengünstiger als durch Privatunternehmer
12 möglich ist oder das Gemeinwohl eine Einrichtung der Stadt gebietet. Die Liberalen werden
13 daher laufend prüfen, inwieweit Aufgaben, die die Stadt Maintal derzeit übernimmt, privati-
14 siert oder in andere Trägerschaft überführt werden können.

15 Die freie wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden ist vor allem deswegen abzulehnen, weil
16 die städtischen Beteiligungsgesellschaften einen einfacheren Marktzugang haben (kein
17 Konkursrisiko, leichte Kapitalbeschaffung). Mit der FDP wird es kein einziges Unternehmen
18 im Besitz der Stadt Maintal geben, das mit dem Mittelstand, vor allem dem Einzelhandel und
19 dem Handwerk, in unfairem Wettbewerb steht.

20 Stattdessen sind alle kommunalen Leistungen hinsichtlich der vorhandenen Privatisierungs-
21 potentiale zu überprüfen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche:

22

- 23 ♦ Wartung technischer Anlagen
- 24 ♦ Öffentlichkeitsarbeit
- 25 ♦ Wartung von Kfz
- 26 ♦ Gebäudereinigung
- 27 ♦ Friedhofswesen
- 28 ♦ Pflege der Grünflächen
- 29 ♦ Kanalreinigung
- 30 ♦ Energielieferanten
- 31 ♦ Bürgerhäuser
- 32 ♦ Betriebshof
- 33 ♦ Planung und Bauleitung von Hoch- und Tiefbauten

34

35 **2.5 Friedhöfe**

36 Maintal verfügt gegenwärtig über zu viele Friedhöfe, die das Defizit der Stadt erhöhen. Da-
37 her ist über die Schließung von Friedhöfen zu entscheiden. Dies bedeutet, dass in den ge-
38 schlossenen Friedhöfen keine Neubelegungen mehr vorgenommen werden sollen. Diese
39 Friedhöfe sind dann nach Ablauf der Belegungszeiten in Grünflächen zu überführen. Das
40 Bestattungswesen als solches ist zu privatisieren. Alternativen Bestattungsmöglichkeiten
41 sind verstärkt anzubieten.

42 Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Möglichkeiten einer Beteiligung und Einbindung der
43 Bürgerschaft in die Pflege und Betreuung der Maintaler Friedhöfe genutzt werden.

44

2.6 *Betriebshof und städtische Liegenschaft*

Ein wesentlicher Kostenblock im Haushalt ist der Betriebshof. Die geplante stetige Reduzierung des Defizits kommt nicht voran. Vielmehr erhält der Betriebshof immer mehr Aufträge nach dem „eh da Prinzip“. Daher ist eine vollständige Privatisierung der Aufgaben des Betriebshofs anzustreben und damit verbunden dessen weitgehende Schließung, bis auf einen verbleibenden Hausmeisterdienst. Die bisher vom Bauhof erbrachten Leistungen sind auszuscheiden. Die Personalstellen des Betriebshof sind aus dem Haushalt zu streichen und das Personal mittels Betriebsübergang oder sozialverträgliche Vertragsauflösung aus dem städtischen Dienst zu entlassen.

Das städtische Immobilien- und Grundbesitzvermögen ist in eine Immobiliengesellschaft zusammen zu führen. In dieser Gesellschaft kann die Stadthallen GmbH aufgehen. Diese Gesellschaft soll die Anlagen bewirtschaften und an die Stadt vermieten. Die Verwaltung der Bürgerhäuser ist in die Verwaltung der sonstigen kommunalen Liegenschaften zu integrieren. Gleichzeitig sollen aus den von dieser Gesellschaft erwirtschafteten Gewinnen die entsprechenden Kredite bedient werden. Diese Lösung bringt aufgrund der steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten einen zusätzlichen Ertrag für die Stadt. Ebenso kann auf diesem Weg eine transparentere und effektivere Nutzung der städtischen Immobilien erreicht werden. Diese Gesellschaft soll auch die Vermarktung von städtischen Immobilien vornehmen, wo diese nicht mehr durch die Stadt benötigt werden.

Die Gebäudebewirtschaftung für städtische Einrichtungen ist in private Hände zu geben. Dabei sollten über geeignete Verträge den Auftragnehmern Anreize gegeben werden, den Verbrauch (Heizung, Strom, ...) zu drosseln. Dies gilt auch für den Unterhalt von Straßenlaternen usw.

Durch eine sukzessive Verpachtung aller Bürgerhäuser inkl. aller Nebenleistungen und Reparaturen gegen eine symbolische Pacht ist der Zuschussbedarf auf die reinen Abschreibungen und Sanierungsaufwendungen zu reduzieren. Dem Pächter ist die umfassende Bewirtschaftung des jeweiligen Bürgerhauses einschließlich des Belegungsrechtes für die einzelnen Einrichtungen zu gestatten. (Modell Bürgerhaus Großkrotzenburg) Das Belegungsrecht ist unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Sport- und Kulturvereinen mit den Pächtern zu regeln.

2.7 *Stärkere Bürgerbeteiligung*

Die FDP will nicht im Wege der Stellvertretung Politik für die Bürger, sondern Politik mit den Bürgern gestalten. Die Bürger sollten nicht zu Lückenbüßern werden, damit die Stadt Geld sparen kann. Vielmehr ist die Hebung und Förderung des privaten Engagements ein wesentliches Instrument, um die Identifikation der Bürger mit der Stadt zu steigern. Dabei darf das private Engagement nicht nur im traditionellen Sinne des Ehrenamtes im Verein oder in Hilfsorganisationen verstanden werden. Erforderlich ist daneben die Förderung des Wandels zu neuen Erscheinungsformen bürgerschaftlichen Engagements mit der politischen Dimension, wichtige Entscheidungen nicht mehr nur der Stadt zu überlassen, sondern sich einzumischen. Zur Realisierung dieser Ziele ist erforderlich:

- Eine Förderung und Ausweitung von projektbezogenen Arbeiten der Bürger
- Die Schaffung von für die Bürger günstige Verfahrensmöglichkeiten der Beteiligung an gängigen Entscheidungsprozessen

3 **Stadtentwicklung und Verkehr**

Das Zusammenwachsen der vier Ortsteile Bischofsheim, Dörnigheim, Hochstadt und Wachenbuchen ist weiter voranzubringen. Dazu ist neben einer guten Verkehrsverbindung auch eine Flächenplanung erforderlich, die zu einer Integration der Ortsteile führt. Dabei dürfen

1 aber nicht die historisch gewachsenen Eigenheiten der Ortsteile verloren gehen. Vielmehr
2 kommt es auf ein behutsames Miteinander von Geschichte und Zukunft an.

3 Entgegen der vollmundigen Verlautbarungen des Magistrates hat das Thema Stadtentwick-
4 lung in den vergangenen Jahren nicht die ihm gebührende zentrale Rolle eingenommen.
5 Während Nachbargemeinden wie Niederdorfelden oder Nidderau in den vergangenen Jah-
6 ren neue Wohngebiete anlegten, stagniert die Einwohnerzahl in Maintal seit Jahren. Maintal
7 muss verstärkt die räumliche Nähe Frankfurts ausnutzen, um junge Menschen und Familien
8 als Einwohner zu gewinnen. Dazu ist die Ausweisung neuer Wohngebiete notwendig, wobei
9 aber auch darauf geachtet werden muss, dass dabei nicht Wälder, Felder und Wiesen mit
10 hohem Naherholungswert über Gebühr beeinträchtigt werden. Die Zersiedlung des Stadtge-
11 bietes ist zu vermeiden, den die Lage Maintals im Grünen ist ein zentraler Standortfaktor.

12 Die von der FDP wesentlich mit angestoßene und nach mehrmaligen Verzögerungen im
13 Frühjahr 2005 durchgeführte „Zukunftswerkstatt“ war ein misslungener Versuch, die Grund-
14 lagen für die planerische Entwicklung Maintals zu ermitteln. Diese Veranstaltung ist daher
15 mit anderer Struktur und anderen Teilnehmern zu wiederholen.

16

17 **3.1 Lebendige Stadtteile**

18 Zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Stadt Maintal soll eine Vision für lebendige Orts-
19 kerne entwickelt werden. Es gilt, den besonderen kulturellen, historischen Reiz der Ortsteile
20 zu erhalten und stärker die Atmosphäre einer „Einkaufskultur“ zu schaffen, auch um dem
21 Trend zum schnellen Einkauf auf der grünen Wiese entgegen zu wirken. Die Ortskerne sol-
22 len zum ausgehen einladen. Deshalb gilt es, Einzelhandel, Dienstleistungen und kulturelle
23 Angebote an einzelnen Standorten zusammenzuführen.

24 Das Zusammenleben der Menschen wird wesentlich durch gewachsene Bau- und Sozial-
25 strukturen gefördert. Das Zerstören gewachsener Bausubstanz bedeutet daher auch die
26 Zerstörung gewachsener sozialer Strukturen. Erhaltung und Modernisierung hat für uns Li-
27 berale daher mindestens die gleiche Bedeutung wie die Schaffung neuer Wohnviertel und
28 großer Einkaufs- und Arbeitsstätten auf der Grünen Wiese.

29 Das Gelände des ehemaligen Rathauses Bischofsheim muss ein lebendiger Ortsmittelpunkt
30 werden und darf nicht primär den Interessen eines möglichst teuren Verkaufs untergeordnet
31 werden.

32

33 **3.2 Gewerbe- und Wohngebiete**

34 Maintal will attraktiv für junge Leute sein. Menschen aus aller Welt sind gerne gesehen und
35 werden herzlich aufgenommen. Sie sollen sich für Maintal als Arbeits- und Wohnort ent-
36 scheiden. Gleichzeitig wollen wir auch, dass sich ältere und alte Menschen in Maintal wohl
37 fühlen. Diese Ansprüche müssen bei der Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten
38 berücksichtigt werden.

39 Die Ansätze zur Weiterentwicklung des „Gewerbegebiet Mitte“ zwischen Hochstadt und Dör-
40 nigheim weisen in die richtige Richtung. Es fehlt aber immer noch ein verbindendes Ge-
41 samtkonzept für die Stadt.

42 Die Verwaltung verfügt über viele teure Planungen, die nicht umgesetzt werden und damit
43 verfallen. Vor neuen Planungsleistungen und Gutachten ist deshalb stetig zu prüfen, ob nicht
44 bereits Planungen zu den jeweiligen Themen vorliegen. Auch ist zu prüfen, inwieweit diese
45 Planungen überhaupt eine Realisierungschance haben. Schubladenplanungen sind künftig
46 konsequent zu vermeiden.

47 Für die Liberalen in Maintal stellen sich folgende Aufgabenfelder bei der Entwicklung der
48 Wohn- und Gewerbegebiete:

- 49 • Wiederbelebung der Altstadt Dörnigheim unter Einbeziehung der Kennedystraße

- 1 • Entwicklung eines Wohngebietes im Bereich Hochstadt und Wachebuchen unter Nutzung der Flächen der Kelterei Höhl und der Weidenkaute bis zur Verlängerten Oberkannte des Schulgeländes
- 2
- 3
- 4 • Anlage eines neuen Wohngebietes zwischen Wal-Mart , Waldsiedlung und Gewerbegebiet Ost, das einen offenen Charakter hat und Wohn- und Naturräume verbindet.
- 5
- 6 • Erweiterung des Gewerbegebietes Bruno-Dreßler-Straße
- 7 • Verzicht auf Bebauungsplänen in den Innenstadtbereichen
- 8 • Fortentwicklung der bestehenden Wohngebiete
- 9

10 **3.3 Sicherung des Straßennetzes**

11 Die gemeindliche Verkehrsplanung muss als elementarer Teil des für Maintal zu entwickelnden stadtplanerischen Gesamtkonzeptes betrieben werden.

13 Die Wünsche des Bürgers nach Mobilität müssen mit den Zielen von Stadtentwicklung, Verkehrssicherheit, Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen der Geschäfte in den Ortslagen und dem Umweltschutz in Übereinstimmung gebracht werden.

16 Wir Liberalen sehen persönliche Mobilität als ein wichtiges Grundbedürfnis menschlichen Lebens an. Dies schließt auch den motorisierten Individualverkehr ein. Die notwendige Förderung eines ÖPNV darf nicht die Verdrängung des Autos aus dem örtlichen Lebensbereich zur Leitlinie erheben. Verkehr bringt – trotz aller damit verbundenen Belastungen – Leben, Lebensqualität und Urbanität in unsere Städte und Gemeinden. Der Einzelhandel tendiert seit längerem von den innerörtlichen Lagen hin zu großflächigen Einkaufszentren auf der grünen Wiese. Gerade für unsere Stadt kommen noch Einkaufszentren jenseits der Stadtgrenzen als Konkurrenten hinzu. Damit die Stadtkerne an Attraktivität gewinnen und dieser Trend umgekehrt wird, sollte die Stadt ausreichenden Parkraum erhalten bzw. schaffen. Dies trägt dazu bei, dass die Kaufkraft der Maintaler Bürger vermehrt ihrer eigenen Stadt zugute kommt.

27 Der aufgestellte Straßenzustandsbericht darf nicht als Beschreibung des beklagenswerten Zustands der Maintaler Straßen in den Aktenschränken der Amtsstuben verstauben. Er muss vielmehr als Grundlage dafür genutzt werden, einen Plan zu entwickeln, wie in den kommenden Jahren die Straßen sukzessive saniert und so unterhalten werden können. Daher ist hier ein Schwerpunkt bei dem städtischen Haushalt zu bilden.

32 Tempo-30-Zonen sind ein sinnvolles Mittel, um die widerstrebenden Interessen an hoher Mobilität einerseits und an Ruhe und Sicherheit andererseits in Einklang zu bringen. Daher sind Tempo-30-Zonen gezielt zum Schutz von Kindern, Fußgängern und Anwohnern einzurichten. Flächendeckende Tempo 30 Zonen können dieses Ziel nicht erreichen und sind daher abzulehnen. Die gleichen Grundsätze gelten auch für sonstige verkehrsberuhigende Maßnahmen, deren Auswirkungen auf den Stadtbusverkehr jedoch besonders zu beachten sind. Den Stadtbusverkehr behindernde Maßnahmen sind nach Möglichkeit zu beseitigen.

39 Der Einsatz von RBL-gesteuerten Ampeln (rechnergestütztes Betriebsleitsystem), die einen zügigen, bevorrechtigten Stadtbusverkehr an bestimmten Kreuzungen zulassen, soll geprüft werden.

42 Neben Auto und Bus sind Fahrradfahrer und Fußgänger gleichberechtigte Partner des Straßenverkehrs. Für beide Verkehrsteilnehmer ist ein Höchstmaß an Sicherheit zu gewährleisten. Deshalb ist der Sanierung der Bürgersteige ein besonderes Augenmerk zu schenken.

45 Hierzu gehören konfliktfreie Ampelschaltungen und sonstige Querungshilfen für Fußgänger. Die Gehwege müssen ausreichend dimensioniert, gut befestigt und klar von der Fahrbahn abgegrenzt sein. Für die Radfahrer ist ein möglichst geschlossenes Wegenetz zu schaffen. Die Qualität der Radwege in Maintal ist zu verbessern. Radwege mit holprigem Pflaster, Pollern, Schildern und sonstigen Hindernissen gefährden die Radfahrer und führen zu man-

1 gelnder Akzeptanz durch die Radfahrer. Radwege sollen nicht mehr auf den Gehwegen,
2 sondern auf der Fahrbahn – durch deutliche Markierungen abgegrenzt – geführt werden.

3

4 **3.4 Entlastung vom Durchgangsverkehr**

5 Wohngebiete sind durch verkehrsberuhigende Maßnahmen vom Durchgangsverkehr zu
6 entlasten. Auch sind die wichtigen Durchgangsstraßen in den Orten soweit wie möglich vom
7 Durchgangsverkehr zu entlasten indem dieser verstärkt auf die Querspange und die Auto-
8 bahn gelenkt wird.

- 9 • Die Straße „Am Kreuzstein“ in Bischofsheim ist von der Autobahnausfahrt in den Ort
10 hinein für den LKW-Verkehr mit Ausnahme des Anliegerverkehrs zu sperren
- 11 • Im Gegenzug ist der Durchstich der Gutenbergstraße zum Roten Graben herzustellen;
12 Hierzu sind die Verhandlungen mit der Stadt Frankfurt wieder aufzunehmen.
- 13 • In Kennedyst. und Berliner Straße ist der LKW-Verkehr soweit wie möglich zu reduzie-
14 ren
- 15 • Die Maintaler FDP wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die A66 durch den
16 Riederwald fertiggestellt und an die A661 angeschlossen wird. Dieses seit langem ver-
17 zögerte überregionale Straßenbauprojekt ist die bedeutendste Möglichkeit, Maintal von
18 überflüssigem überregionalen Verkehr zu entlasten und gleichzeitig ein wichtiger Bau-
19 stein, um Maintal an das Rhein-Main-Gebiet vernünftig anzuschließen.

20

21 **3.5 Verbesserung des ÖPNV**

22 Der ÖPNV soll in den nächsten Jahren seinen Marktanteil erheblich steigern. Die Bürger
23 müssen vor allem durch ein attraktives Angebot zum Umsteigen bewegt werden. Die
24 Einsatzpotentiale des ÖPNVs gehen weit über Schülerverkehr und Verkehrsleistungen für
25 Menschen ohne Auto hinaus. Wahlfreie Kunden in Berufs-, Einkaufs- und im immer wichtiger
26 werdenden Freizeitverkehr müssen gewonnen werden.

27 Wichtigstes langfristiges Projekt auf dem Weg dorthin ist die Nordmainische S-Bahn, die
28 obwohl seit 30 Jahren diskutiert, immer noch nicht fährt. Jüngste Gutachten kommen zu
29 dem Schluss, dass die Nordmainische S-Bahn ein volkswirtschaftlich günstiges Projekt ist,
30 durch die Aufnahme in den Gesamtverkehrsplan der Stadt Frankfurt hat sie zusätzlich Rü-
31 ckenwind erhalten. Nun darf nicht, wie sooft in der Vergangenheit, gewartet werden, bis die
32 Studie wieder veraltet ist, wie dies bei vergangenen Studien der Fall war. Die Stadt Maintal
33 muss stärker als alle anderen Projektbeteiligten sich für die Bahn einsetzen, und darf nicht
34 darauf warten, dass andere dafür sorgen dass die S-Bahn gebaut wird. Die für den S-Bahn-
35 Verkehr benötigten Bahnsteiganlagen sind schon vorab fertig zu stellen und für den Regio-
36 nalbahnverkehr nutzbar zu machen.

37 Auch wenn das Projekt Mainlinie zufrieden stellend lief, ist sie kein Ersatz für die S-Bahn.

38 Innerhalb Maintals und im Verkehr mit Hanau ist der Bus wichtigster Verkehrsträger des
39 ÖPNVs. Hier hat die Stadt die größten Gestaltungsmöglichkeiten. Der Stadtbusverkehr
40 muss kundenorientierter werden und über die Daseinsvorsorge hinausgehende Leistungen
41 müssen an den zu erwarteten Kundenzuwächsen ausgerichtet werden. Die Fahrten an Wo-
42 chentagen müssen beschleunigt werden, insbesondere fehlen Expressbusse, die den
43 Hochstädem und Wachenbuchern den zeitraubenden Umweg über die Goethestraße er-
44 sparen. Die Verbindung nach Bruchköbel ist aufzuwerten. Hochstadt benötigt eine schnelle
45 Verbindung nach Hanau und die Verteilung der Fahrgäste in Dörnigheim muss direkter wer-
46 den. In den Abendstunden und am Wochenende ist der Einsatz des Umsteigepunktes
47 „Maintal Ost Bf“ unter Berücksichtigung der Anschlüsse auf den Zug auszuweiten.

1 Im Schülerverkehr ist in Abstimmung mit den Schulen auf versetzte Unterrichtszeiten hinzu-
2 wirken, um Spitzen zu vermeiden. Weiterhin sind Schülerjahreskarten einzuführen, um wet-
3 terbedingte Schwankungen der Busnutzung zu glätten.

4 Begleitend ist an den wichtigen Ampelanlagen eine Bevorrechtigung für den ÖPNV einzu-
5 richten. Der Fahrscheinverkauf ist zu automatisieren und die Fahrscheinkontrollen durch den
6 Fahrer sind in Frage zu stellen. Es ist auf eine zeitnahe, transparente und leistungsgerechte
7 Zuweisung der Fahrgeldeinnahmen durch den RMV zu bewirken, damit Maintaler Fahrgäste
8 nicht die Defizite andere Städte zahlt. Auch wenn in den letzten Jahren gute Erfahrungen mit
9 dem Stadtverkehr Maintal gemacht wurden, muss er in Zukunft daran arbeiten, weiterhin
10 höchsten Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsanforderungen genüge tun.

11 Begleitend zum ÖPNV ist der städtische Fuhrpark – ohne Sonderfahrzeuge – in einen Car-
12 Sharing Pool einzubringen und allen Bürgern gegen Entgelt verfügbar zu machen. Betrieb
13 und Verwaltung können von einem der etablierten Anbieter übernommen werden. Car-
14 Sharing ermöglicht den Nutzern, lagegerecht das beste Verkehrsmittel für die jeweilige Fahrt
15 auszuwählen, ohne die Fixkosten eines eigenen PKWs tragen zu müssen. Die Stadt dage-
16 gen spart Kosten durch die verstärkte Nutzung der PKWs.

17

18 **3.6 Ausbau des Flughafens Frankfurt**

19 Die FDP spricht sich für den Ausbau des Flughafens Frankfurt als eine der wichtigsten Infra-
20 strukturprojekte des Rhein-Main-Gebietes bei gleichzeitiger Einführung eines Nachtflugver-
21 botes aus. Der Flughafen Frankfurt Main ist der größte Flughafen Kontinentaleuropas und
22 einer der wichtigsten Infrastruktureinrichtungen des Rhein-Main-Gebietes. Er bietet zahlrei-
23 chen Menschen in der Region einen sicheren und zukunftsorientierten Arbeitsplatz. Alleine
24 ca. 1.200 Bürger der Stadt Maintal haben am Flughafen einen Arbeitsplatz. Hinzu kommen
25 viele Bürger, die auf den Flughafen zur Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit angewiesen
26 sind. Zahlreiche inländische und ausländische Unternehmen – auch in Maintal – haben sich
27 im Rhein-Main-Gebiet gerade wegen des Flughafens angesiedelt. Die Stadt Maintal ist der
28 Auffassung, dass diese bedeutende Einrichtung auch künftig in der Lage sein muss, Beschäf-
29 tigung zu sichern und die Anbindung der Region und damit auch der Stadt Maintal an das
30 weltweite Luftverkehrsnetz zu sichern.

31 Die FDP spricht sich dagegen aus, durch von vorneherein aussichtslose Klagen gegen den
32 Bestand oder die Erweiterung des Flughafens die Steuermittel der Bürger zu verschwenden.
33 Nur dann, wenn offensichtlich die Interessen der Stadt oder der Bürger beeinträchtigt wer-
34 den und Klagen Erfolg haben könnten, sollte die Stadt aktiv werden. Dies wäre dann der
35 Fall, wenn die kommunale Planungshoheit beeinträchtigt wird oder Schallschutz an städti-
36 schen Gebäuden erforderlich wird, für den keine Entschädigung erfolgt.

37

38 **4 Kinder-, Jugend- und Sozialpolitik**

39 **4.1 Ziele der Sozialarbeit in Maintal**

40 Aus liberaler Sicht hat die Stadt im Bereich der gesamten Sozialarbeit die Aufgabe, denjeni-
41 gen beim Erreichen ihrer Selbstbestimmung und individuellen Entfaltung zu helfen, die we-
42 gen ihrer Herkunft, Bildung, Lebensumstände, wegen ihrer Gebrechen, ihrer Jugend oder
43 ihres Alters zur Selbsthilfe nicht, noch nicht oder nur bedingt in der Lage sind.

44 Die soziale Integration dieser Menschen setzt voraus, dass ihre Probleme und Bedürfnisse
45 in allen Bereichen der Kommunalpolitik berücksichtigt werden und die Mitverantwortung aller
46 Bürger für sie gefördert wird.

47 Für uns Liberale sind Integration und Hilfe zur Selbsthilfe zentrale Anliegen unserer Sozial-
48 politik. Dabei ist die sozialste Politik die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen. Dies bedeutet

1 mehr Freiheit und Würde für alle Bürgerinnen und Bürger. Nicht Umverteilung ist die Maxime
2 liberaler Politik, sondern Integration:

- 3 ♦ Hilfesuchenden Personen muss gezielt geholfen werden.
- 4 ♦ Behinderte und ältere Bürger sollen ein unabhängiges Leben führen können.
- 5 ♦ Ausländische Mitbürger sind bei der Integration zu unterstützen.

6 Soziale Gerechtigkeit darf nicht länger mit bürokratischer Umverteilung verwechselt werden;
7 vielmehr muss der liberale Sozialstaat seine Hilfe auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren.

8

9 **4.2 Kindertagesstätten**

10 Ein Kindergartenplatz für jedes Kind ist nicht nur ein gesetzlicher Anspruch, sondern umge-
11 setzte Chancengleichheit für alle Familien und Alleinerziehenden. Es ist daher eine wesentli-
12 che Aufgabe der Stadt, dafür zu sorgen, dass mit den knappen Ressourcen das Beste er-
13 reicht werden kann.

14 Die Stadt Maintal wendet ein Zehntel ihres Haushaltes für Kindergärten und Kindertagesstät-
15 ten auf. Mehr finanzielle Mittel sind kaum noch aufzubringen. Deshalb sind die beschrittenen
16 Wege, die räumlichen und zeitlichen Kapazitäten besser zu nutzen und private Initiativen zu
17 fördern, weiter zu führen.

18 Die Stadt unterhält zahlreiche Kindertagesstätten. Daher ist hier ein großer Gestaltungs-
19 spielraum gegeben. KiTas sind verstärkt in die Trägerschaft privater Anbieter zu überführen.
20 Auf diese Weise können die städtischen Personalkosten gesenkt werden und der Bestand
21 an KiTas gezielter gesteuert werden. Aufgrund des sinkenden Bedarfs an KiTa-Plätzen dür-
22 fen Schließungen von KiTas nicht mehr ausgeschlossen werden. Dieses hat Vorrang vor der
23 – defizitären – Erweiterung der Leistungen. Das Tagesmüttermodell ist auf KiTa-Kinder zu
24 erweitern.

25 Eine weitere Kosteneinsparung ergibt sich durch die Privatisierung sämtlicher Reinigungs-
26 aufgaben der Stadt, einschließlich der KiTas.

27

28 **4.3 Freiräume für Kinder und Jugendliche**

29 Kinder und junge Menschen brauchen Freiräume, in denen sie Selbstbestimmung und Mit-
30 verantwortung zur Entwicklung ihrer Persönlichkeit einüben können. Die Vereine, auf deren
31 vielfältiges Angebot die Kinder und Jugendlichen überwiegend zurückgreifen, erfüllen inso-
32 weit einen ganz wesentlichen gesellschaftlichen Auftrag. Aufgabe der Stadt ist es jedoch
33 neben einer angemessenen Unterstützung der Vereine das Angebot bedarfsgerecht zu ver-
34 bessern. Dazu gehört:

- 35 - die Eigeninitiativen von Jugendlichen aufzugreifen und ihre Selbstorganisation zu fördern
- 36 - Jugendliche in Form von konkreten, handfesten Aktionen und Projekten, Schülerwahlen
37 und Jugendparlamenten zu beteiligen und die Begleitung des Engagements durch inten-
38 sive Öffentlichkeitsarbeit
- 39 - Die Generationengerechtigkeit als Schutz vor Überforderungen der Jugend bei politi-
40 schen Entscheidungen mit langfristigen Auswirkungen zu beachten
- 41 - Die Jugend durch spezielle Jugendarbeit, Projekte der Sucht- und Gewaltprävention,
42 soziale Betreuung und jugendspezifische kulturelle Aktivitäten besser zu unterstützen
- 43 - Eine Unterstützung bei der Beschaffung von Gruppen- und Trainingsräumen zu ermögli-
44 chen
- 45 - Den Aufbau eines „kommunalen Kinos“ und von „Open-Air-Kino-Vorführungen“ in Be-
46 tracht zu ziehen

1 Darüber hinaus liegt es aber in der Verantwortung der Kommunen, dafür Sorge zu tragen,
2 dass besonders gefährdete, von Ausgrenzung bedrohte Jugendliche, die auf herkömmliche
3 Angebote einrichtungsgebundener Jugendpflege nicht mehr ansprechen, neue und wirksa-
4 me Hilfen erhalten. Die Lebenssituation der Jugendlichen „auf der Straße“ soll durch die
5 „mobile Jugendarbeit“ in unterschiedlichen Formen wie offene Jugendarbeit, Straßensozial-
6 arbeit, ambulante Jugendfürsorge und Gemeinwesenarbeit verbessert und damit Stigmati-
7 sierung und Kriminalisierung abgebaut werden.

8

9 **4.4 Senioren**

10 Der demographische Wandel geht auch an Maintal nicht spurlos vorüber. Die Bevölkerungs-
11 zahlen werden in den nächsten Jahrzehnten abnehmen und zudem im Durchschnitt älter
12 werden. Damit stellen sich ganz neue Anforderungen an alle Politikfelder. Künftig werden
13 mehr Seniorenheime und weniger Kindertagesstätten benötigt werden. Auch bei der Gestal-
14 tung von neuen Wohnungen, städtischen Einrichtungen und Verkehrswegen muss darauf
15 geachtet werden, dass diese den Anforderungen der älter werdenden Menschen gerecht
16 werden. Öffentliche Gebäude und Verkehrsmitteln müssen so konzipiert sein, dass Men-
17 schen mit Bewegungsbeeinträchtigungen ermöglicht wird, am öffentlichen Leben teilzuha-
18 ben.

19 Die Individualität älterer Menschen muss ernst genommen werden: Neben Senioren-
20 Programmen, muss Hilfestellung zur Teilnahme am normalen gesellschaftlichen Leben ge-
21 leistet werden. Alle Aktivitäten, durch die ältere Menschen das Gemeinschaftsleben mitges-
22 talten, sind ein Gewinn – nicht nur für die Akteure selbst, sondern auch für die Gesellschaft.
23 Es kommt der Stadt zugute, solchen Initiativen viel Unterstützung – logistisch und auch fi-
24 nanziell – zu gewähren.

25 Älteren Mitbürgern ist eine selbständige Lebensführung mit entsprechender Unterstützung
26 durch Familie, Nachbarschaft und ambulante Dienste so lange wie möglich zu erhalten.
27 Deshalb ist die Schaffung von Altenwohnungen und Wohnraum für Mehrgenerationenfami-
28 lien, die die Familienpflege von der Raumaufteilung und Größe her ermöglichen. Alternativen
29 Wohnformen ist mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Auch die Arbeit der Bürgerhilfe ist hier
30 ein wertvoller Beitrag.

31 Die mobilen Dienste sind über den Pflegebereich hinaus auszuweiten. Prophylaktische, re-
32 habilitative und teilstationäre Angebote sind zu fördern und auszubauen. Der mit dem Bau
33 des DRK-Altenzentrums in Bischofsheim und Dörnigheim begonnene Aufbau des Kleeblatt-
34 systems ist zu intensivieren und muss Hochstadt und Wachenbuchen erfassen. Hier bietet
35 sich das Gelände rund um die Kelterei Höhl als weitere Standort an.

36 Im Bereich der Seniorenförderung benötigen wir eine sinnvolle Arbeit aber keinen städti-
37 schen Vergnügungsausschuss. Daher ist das Seniorenoffice aufzulösen. Deren Aufgaben
38 sollten von privaten Initiativen übernommen werden.

39 Der Ärztliche Notdienst ist die Hausarztversorgung zu Zeiten, zu denen die Arztpraxen ge-
40 schlossen sind. Daher ist die Versorgung in dieser Zeit von den Ärzten in Eigenverantwor-
41 tung ohne städtische Zuschüsse sicherzustellen.

42 **4.5 Integrationspolitik**

43 Ausländischen Mitbürgern, die legal in Deutschland leben, soll - soweit sie es wünschen -
44 durch Hilfsangebote der Stadt mit ihren Familien die Integration in Maintal leichter gemacht
45 werden. Insbesondere sind für ausländische Kinder im vorschulischen Bereich sowie an al-
46 len Schulformen ausreichende Fördermaßnahmen zu schaffen und private Initiativen zu för-
47 dern, damit im Interesse aller Kinder Sprachbarrieren rechtzeitig überwunden werden. Nur
48 so können wichtige Qualifikationen erreicht und die Möglichkeiten der Integration wahrge-
49 nommen werden. Auch sind für erwachsene ausländische Bürger verstärkt Deutschkurse zu
50 günstigen Bedingungen anzubieten.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45

4.6 Soziale Stadterneuerung

Das Projekt der sozialen Stadterneuerung hat sich als Erfolg erwiesen und ist fortzusetzen. Die Schwerpunkte sind auch weiterhin im Westend in Dörnigheim und Rechts vom Kreuzstein in Bischofsheim zu bilden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Bürgerbeteiligung für eine verstärkte Akzeptanz der vorgesehenen Maßnahmen sorgt.

5 Kultur-, Schul- und Bildungspolitik

5.1 Entwicklungsplanung

Maintal muss zusammen mit dem Kreis eine langfristige Entwicklungsplanung für Kindergärten, Schulen und außerschulische Bildungsstätten aufstellen und diese fortschreiben. Dabei sind auch die freien und privaten Träger für Kindergärten und Schulen gleichberechtigt einzubeziehen.

Wir wollen keine Mammutschulen. Wir lehnen die Privilegierung einzelner Schulformen aus ideologischen Gründen ebenso ab, wie die Ausstattung nur ganz bestimmter Schulformen mit modernen Schulmitteln. Bei der Einrichtung und Auflösung einzelner weiterführender Schulen ist allein der Wille der Eltern ausschlaggebend.

5.2 Kulturförderung

Die Liberalen lehnen jede Bevormundung und jeden zensierenden Eingriff in das kommunale Kunst- und Kulturleben ab. Auch in Maintal wollen wir in der Kulturpolitik Vielfalt, Offenheit und Wettbewerb durchsetzen. Wir wollen keine bestimmte Form von Kultur aufgrund ideologischer Präferenzen besonders bevorzugen.

In der Stadt soll ein möglichst vielseitiges kulturelles Leben entstehen. Hierzu bedarf es einer gezielten Förderung öffentlicher und privater Einrichtungen. Insbesondere das Entstehen und die Vermittlung neuer Kunstformen ist eine wichtige Aufgabe kommunaler Kulturpolitik.

Kulturinitiativen wie selbstverwaltete Filmhäuser, selbstverwaltete „Kultur-Kontore“ können in Maintal eine wichtige Funktion übernehmen. Sie können beispielsweise Filmgerät zur Verfügung stellen, Filmseminare veranstalten, Proberäume für Theater und Musik organisieren, Ensemble-Spielgelegenheiten, Laienspiele und Lesungen vermitteln.

Die Vereine sind von bürokratischem Aufwand zu entlasten bzw. verwaltungsmäßig zu unterstützen. Die Vereine sind verstärkt in die Nutzung und Unterhaltung der Bürgerhäuser mit einzubeziehen. Nur so können die Bürgerhäuser langfristig genutzt werden. Mit den Vereinen gemeinsam ist auch zu entscheiden, ob künftig für Hochstadt und Wachenbuchen ein gemeinsames Bürgerhaus erhalten sollen.

5.3 Stadtbücherei

Die Leistungen der Stadt im Bereich der Stadtbücherei sind zu beschränken. Vier Büchereien sind für die Stadt nicht erforderlich. Daher ist eine Konzentration auf ein bis zwei Standorte angezeigt. Durch organisatorische Maßnahmen kann die Versorgung aller Stadtteile sichergestellt werden. In die Überlegungen sind auch Veränderungen der Personalstruktur, unter anderem durch die Einbindung von Aushilfen und studentische Kräfte, einzubeziehen. Ebenso ist die Zusammenlegung der Stadtbüchereien mit den Büchereien der Schulen anzustreben.

6 Politik für Freizeit, Erholung und Sport

6.1 Anlagen für Freizeit, Erholung und Sport

Um den **Freizeitbedürfnissen** der Bürger Rechnung zu tragen, müssen die Freizeit-, Sport und Erholungseinrichtungen modernisiert und ausgebaut werden. Anlagen, die überwiegend mit öffentlichen Geldern errichtet wurden, müssen allen Bürgern offen stehen. Alle Anlagen sollten Mehrfachnutzungen, auch für den Versehrten-sport, Altersport und durch Kinder ermöglichen.

Schulhöfe sind unter Beachtung der Lärmschutzinteressen der angrenzten Wohnungen mit Freizeitanlagen zu ergänzen und in der schulfreien Zeit freizugeben.

Der Unterhalt der Sportstätten ist soweit möglich in die Verantwortung der Sportvereine zu übergeben.

Die örtlichen Sportorganisationen und Vereine sind als Träger öffentlicher Belange im Interesse der Vereine an den kommunalen Planungen des Raumes und der Flächen sowie deren Gestaltung zu beteiligen.

Innerhalb Maintals sollten die Volkshochschule, die Schulen und die Vereine nicht miteinander konkurrieren, sondern eng zusammenarbeiten. Zur Koordinierung der Sportangebote und zur Wahrung der Interessen der Sporttreibenden wollen wir einen Sportbeirat einrichten.

Die Anlage eines „Sport- und Freizeitparks“ im Bereich der Grünen Mitte als Erlebnis- und Freizeitstätte und neue zentralisierte Sportstätte ist gründlich zu prüfen.

Für das Maintalbad ist ein öffentlich-privates Betreibermodell zu finden, bei dem der Betrieb und der Unterhalt des Schwimmbades mit allen Nebeneinrichtungen in die Regie eines Privaten übergehen und das Eigentum des Schwimmbades bei der Stadt verbleiben. (Modell Stadt Leimen) Der Schulsport ist weiterhin zu ermöglichen. Mit dem Betreiber ist hierzu ein Zuschuss zu vereinbaren.

7 Umweltschutz

7.1 Ziele der kommunalen Umweltpolitik

Umweltpolitik gehört zur Überlebensstrategie für unsere Gesellschaft. Sie beginnt in der Kommune. Der Bürger hat Anspruch auf eine menschenwürdige Umwelt. Das Gleichgewicht im Naturhaushalt ist durch die Planungen und Maßnahmen der Gemeinde zu sichern oder wiederherzustellen. Übertriebener Umweltschutz, der Entwicklungen in der Stadt nur noch verhindert, führt am Ende jedoch zu einem Verlust an Akzeptanz für den Umweltschutz. Daher ist bei der kommunalen Planung stets auf einen angemessenen Ausgleich zwischen Umweltschutz und wirtschaftlicher bzw. infrastruktureller Entwicklung zu achten.

Jeder einzelne ist aber an der Verschmutzung der Umwelt beteiligt. Die Begrenzung der Umweltbelastung kann daher nicht allein Aufgabe des Staates und der Wirtschaft sein. Sie muss zur Angelegenheit aller Bürger werden. Liberale werden jede Initiative und Mitarbeit auf diesem Gebiet fördern.

Die widerstreitenden Nutzungsansprüche an unsere Umwelt auszugleichen und in diesem Zusammenhang vorausschauend zu planen, ist die Aufgabe kommunaler Umweltpolitik. Umweltpolitik kann aber nur erfolgreich sein, wenn sie die Belange der Umwelt nicht einseitig betont, sondern in einen vernünftigen Ausgleich mit den Bedürfnissen der Menschen bringt. Hierbei sind die langfristigen Ansprüche von Gesellschaft und Wirtschaft mit den noch nutzbaren Vorräten an Wasser, Boden und Luft in Einklang zu bringen. Konzepte der Maintaler Wirtschaftsförderung und zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur sind mit der Umweltpolitik abzustimmen. So dürfen neuen Bauvorhaben nicht uneingeschränkt Rigolen, Zisternen und Dachbegrünung als „Wundermittel“ zum Schutz des Grundwassers zur Aufla-

1 ge bekommen – vielmehr sind alle maßgebenden Faktoren wie Lage, Größe, Untergrund
2 und die Interessen der Bauherren umfassend abzuwägen.

3 Die Agenda 21 ist das im Jahre 1992 in Rio de Janeiro verabschiedete weltweite Aktions-
4 programm für das 21. Jahrhundert, das Klimaschutz- und Artenschutz als zwei Bereiche
5 definiert, in denen weltweit gehandelt werden muss.

6 Wichtige Akteure sind Städte und Gemeinden. Die FDP unterstützt diese Generationenauf-
7 gabe und setzt sich unter umfassender und intensiver Bürgerbeteiligung für die Aufstellung
8 eines unter Konsens erzielten zukunftsweisenden Konzepts für eine nachhaltige Entwicklung
9 in den örtlich beeinflussbaren Lebensbereichen ein.

10 Die FDP spricht sich gegen die Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Stadt
11 Maintal aus. Diese Anlagen zerstören das Landschaftsbild, gefährden insbesondere die Vö-
12 gel und tragen nicht zu einer Sicherung der Energieversorgung bei. Sie dienen allein als
13 Abschreibungsobjekte für gut verdienende Ökofetischisten.

14

15 **7.2 Umweltkataster**

16 Maintal kann wirksam Umweltschutz nur betreiben, wenn ein Überblick über alle vorhande-
17 nen und zu erwartenden Umweltbelastungen in Form einer umfassenden Dokumentation zur
18 Verfügung steht. Hierzu ist eine systematische Erhebung von Umweltdaten erforderlich. Da-
19 bei sollen Daten verwendet werden, die auf Bundes- und Landesebene bereits existieren.
20 Die verschiedenen Daten sind in einem Umweltkataster einzubringen. Das Ergebnis des
21 bereits vorliegenden Lärminderungsplanes ist bei künftigen Planungen zu berücksichtigen.

22

23 **7.3 Natur- und Landschaftsschutz**

24 Die Land- und Forstwirtschaft ist nicht nur ein ökonomisch bedeutsamer Faktor, sondern
25 leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Erholungswertes der Landschaft.
26 Deshalb ist bei öffentlichem Interesse an der Pflege und der Offenhaltung von Flächen eine
27 enge Abstimmung mit den hiesigen Land- und Forstwirten sowie den Jagdpächtern und
28 Schäfern zu suchen, die verstärkt in die öffentliche Aufgabe der Landschaftspflege einge-
29 bunden werden sollen. Wenn Flächen aus der landwirtschaftlichen Produktion ausscheiden,
30 sind diese Flächen vorrangig für Aufgaben des Naturschutzes zur Schaffung neuer Lebens-
31 räume für bedrohte Pflanzen- und Tierarten zu sichern.

32 Es ist darauf zu achten, dass im innerstädtischen Bereich Brachen und leerstehende
33 Grundstücke sich nicht zu Biotopen entwickeln, die eine anschließende Nutzung des Gelän-
34 des verhindern. Damit werden Möglichkeiten des Lückenschlusses erschwert, was zumeist
35 Neuversiegelungen zur Folge hat.

36 Die Streuobstwiesen in der Gemarkung sind weiter zu entwickeln und die sich daraus erge-
37 benden touristischen Chancen zu nutzen. Hier könnten beispielsweise geführte Wanderun-
38 gen durch die Wiesen mit anschließendem Besuch der Maintaler Gastronomie als Ausflugs-
39 programm attraktiv sein,

40

41 **8 Sicherheitspolitik**

42 **8.1 Sicherheit in Maintal**

43 Wir wollen, dass sich unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger vor Ort sicher fühlen: in ihrem
44 Wohnumfeld, auf den Straßen, in den Parks, in den Ortsteilen. Das ist eine grundlegende
45 Voraussetzung für eine Bürgergemeinschaft. Denn wer sich in seiner Stadt nicht sicher und
46 wohl fühlt, wird nicht für sie eintreten. Wir wissen auch, dass das Ziel der Sicherheit vor Ort
47 nicht ohne die Mithilfe aller, auch der Bürger selbst, zu erreichen ist.

1 Für Liberale heißt es: Hinsehen statt wegschauen! Der demokratische Grundsatz, sich „ein-
2 zumischen in die eigenen Angelegenheiten“ hat hier allerhöchste Bedeutung. Wir alle müs-
3 sen selbst wieder mehr Verantwortung übernehmen, aufmerksam sein gegenüber dem
4 Nachbarn - und nicht gleichgültig. Die Polizei bietet Programme zur aktiven Nachbarschafts-
5 hilfe an, die unter der „Schirmherrschaft“ der Stadt an die Bürger heran getragen werden
6 können. Durch aufmerksames Beobachten und eine Zusammenarbeit mit der Polizei wird
7 die Aufklärungschance von Straftaten verbessert und somit auch insgesamt eine abschre-
8 ckende Wirkung erzielt.

9 Ein kommunaler Sicherheitsbeirat unter Mitwirkung auch der Polizei soll die Erfahrungen von
10 Bürgervertretern und Experten zusammentragen, Kriminalitätsschwerpunkte auflisten und
11 Pläne für präventives Handeln entwerfen. In diese Aktionen sollen die örtlichen Medien ein-
12 gebunden werden. Polizeipräsenz auf den Straßen allein reicht nicht aus, bürgerschaftliche
13 Hilfe kann der Polizei zuarbeiten. Zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung gehört die
14 Integration von Kindern und Jugendlichen - insbesondere von Zuwanderern in die Gesell-
15 schaft. Für Liberale hat deshalb die Jugendpolitik vor Ort hohe Priorität.

16 Vor allem Maintal leidet zunehmend unter der aus Frankfurt verlagerten Kriminalität. Die
17 Stadt muss sich dafür engagieren, eine personelle Verstärkung der Schutzpolizei in Maintal
18 zu erreichen. Gerade die Reform der Polizei durch die Landesregierung bietet hierfür neue
19 Möglichkeiten, die Präsenz vor Ort zu stärken.

20